

ein bedeuten-
lieferiert. Der
war's ein Ge-
fer Straße 34
alterer Fuhm

Sie sich bei
den Stadtrat

elt.

Bewunder

brift" mittelt.
Monat zu Mo-
heit regelmä-
egmonat Aug-
3,0 Gestorbe-
kamen, Hiea-
big Geworde-
gleichzeitig
nt. Wieder ei-
l der Dienstf-
auf 2,4 gefun-
kte die Zahl
l der Todesf-
Im Dezem-
rug nur noch
re Abnahme
t betrug die
uf 1,3. Nach-
liegen war,
ahren hatte,
ent. Die An-
Monat April
und im Mai
oder beurlan-
rächliche An-
ob der Dien-
oben zuletzt
nn von hund-
geworden wa-
Die Dien-
9,5 Dienstf-
nur 1,7 Tod-

meliterfloßers

urde von ein-

en Vater Ge-

den Kopf erm-

argeld berau-

n Neapel

Biebrich

einzelne

keiten, im

für mittlere

ordern und

ung mit Gefa-

Vund 22

Stid 15

Vund 15

10

8

60

40

schwaen.

Stid

n

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

moden

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

„Volksstimme, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluß:

Kont. Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:

Die Gespalt. Zeitungslosteil 15 Hg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Witzsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026 - Expedition: Wehrh. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., Seml. in Frankfurt a. M.

Nummer 5

Freitag den 7. Januar 1916

27. Jahrgang

Abflauen der russischen Offensive.

Der Kampf um Handelsstraßen.

In einem gemeinverstandlich geschriebenen Artikel er-
örtert Karl Renner in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ die
Frage, wie auf Grund der vorliegenden Kriegsergebnisse ein
künftiger Friede von größtmöglicher Dauer aufgebaut werden
könne. Er wendet sich gegen die immer noch im Volke wur-
zelnde Anschauung, die im siebzehnten und achtzehnten Jahr-
hundert auf dem Kontinent Geltung hatte, zu einer Zeit,
wo Kanonen um einige Quadratmeilen Land und einige tau-
send Seelen Krieg führten. Nach solcher immer noch vollstän-
digen Auffassung handelt es sich heute noch um Landverwerb
und Landverlust wie um die Umschreibung von Grundstücken
im Grundbuch auf einen neuen Eigentümer, eine agrarische
Kriegsauffassung, der das viele mißverständliche Gerede über
Annerkennung entspringt.

Seine eigene Meinung von den Friedenszielen sagt Ren-
ner also: Der Krieg des Westens hat Wirtschaftsgebiete, Han-
delstraßen und Absatzmärkte zum Inhalt, der Krieg des Ostens
zugleich Völkerschicksale, die Befreiungs- und Einigungsbe-
strebungen geschichtlicher und geschichtsloser Nationen. Ist
dies der Fall, so zeigt sich klar, daß bloße Landveränderungen
als Kriegsergebnis zwar einen Stillstand dieses Waffen-
ganges bringen — auch dafür würde die ganze Menschheit
schon dankbar sein — und doch alle schwebenden Fragen un-
gelöst lassen könnten. Was damit gemeint wird, ist leicht
klargemacht.

England, das außerhalb Europas einen großen Bruch-
teil der Welt annektiert hat, hat sich in europäischen Annerke-
nungen die größte Zurückhaltung auferlegt und sich wirklich mit
ein paar Quadratmeilen begnügt; so den ganz kleinen Inseln
im Ärmelkanal von Frankreich, dem ganz unbeträchtlichen
Felsen Gibraltar von Spanien, dem ganz kleinen Insel Naxos
von der italienischen Erde, der heute ganz armen Insel Ägypten
und dann dem Suezkanal, der ursprünglich unter Frankreichs
Einfluß stand. Eine Annexion, an Meilen und Seelen ganz
bescheiden und auch darin von höchster Selbstlosigkeit, daß
dies England um die Seelen, die da mit dem Lande genommen
sind, nicht viel kümmert; mögen sie sich immerhin selbst re-
gieren, das kommt sie am Ende auch billiger. Zu diesen Er-
werbungen kommt jetzt hinzu die militärische Besetzung von
Galaats, der Inseln, die den Dardanellen hart vorgelagert
sind (Tenedos, Imbros), und des Hafenbeckens von Salonik.
Ob diese Bodenfläche und Seelen an das Königreich Bulgarien
heranreichen, ist zu bezweifeln. Man sieht, an agrarischem
Land Hunger leidet England in Europa nicht. Es begnügt
sich, von jedem Souverän bloß das Tor zu besetzen und von jedem
Tore den Schlüssel einzufangen, und ist dabei so freibei-
liebig, den Hausbewohnern ansonsten zu gestatten, zu tun,
was sie wollen.

Das zeigt, daß es sich England um die Beherrschung der
Handelsstraßen handelt, und mit Recht haben englische Redner
hervorgehoben, daß England gerade in dem Punkte, auf den es
ihm ankommt, vollständig siegreich ist. In der Tat kann nicht
ein Schiff, nicht ein Fünftel Ware, nicht ein Mensch aus dem
Mittelmeer heraus wider Englands Willen. Die Mittelmeer-
staaten sind England handelspolitisch hörig. Aber dieser Zu-
stand ist nicht erst durch diesen Krieg geschaffen, sondern durch
ihm bloß verschärft worden.

Umgekehrt leidet Russland unter dem geographischen Zu-
fall, daß fast alle seine brauchbaren Seewege verlegt oder leicht
verlegbar sind. Als Peter der Große Ingermanland und die
anderen Ostseeprovinzen eroberte, war ihm am allerwenig-
sten um den Boden oder die Seelen der finnisch-lettischen Ur-
bewohner zu tun, er wollte die Straße zum Hafen, den
Hafen zum Meer. Und so wollte Russland hauptsächlich —
wenn auch aus anderen Gründen mit — die Dardanellen
erobert: es ist heute, da England Imbros und Tenedos in
seinen Händen hat, beinahe schon zwecklos geworden. Wenn
die allerspätesten Schiffe der Dardanellen die Durchfahrt
seiner Schiffe nicht hemmen könnten, so vermöchten von nun
an die Strandbatterien der Inseln ihnen die Ausfahrt zu
wehren.

Wenn man die Handelsstraßen der Welt studiert, so sieht
man allüberall auf derlei Unerträglichkeiten. Es ist nicht
anders, als wie wenn in einer Stadt die Straßen nicht ge-
meinsames öffentliches Gut, sondern im Besitz zufälliger
Privatbesitzer und nur „bis auf Widerruf“ gestattete
Durchgänge wären. Bekanntlich sind die Wegeprozesse die
hartnäckigsten und gefährlichsten; aber immerhin verfügt
darüber ein Gesetz und entscheidet darüber ein Richter. Ueber
das Vorgehen der Völker entscheidet heute noch die nackte
Gewalt.

Wie mit den Wegen, so mit den Märkten. Es versteht
sich von selbst, daß in jeder Stadt, in dem Verein vieler
Bürger, der Marktplatz öffentliches Gut und die Marktwor-
waltung öffentliches Amt ist, wobei um die Standplätze der
Kaufleute wieder der gefährlichste Streit tobt: selbstverständlich
entscheidet auch darüber die öffentliche Verwaltung im ge-
meinsamen Interesse, während die dauernde Bestimmung des

Platzes oder der Stände durch Private zu Unerträglichkeiten
führen müßte. Die Welt ist gleichsam eine Stadt von Völ-
kern, wie die Stadt ein Verein von Bürgern, aber die Märkte
der Welt werden nacheinander von Privaten, das ist von
Einzelstaaten, in ausschließenden Besitz genommen. Bei-
spiele ohne Zahl gibt es dafür: so war Ägypten ein selbstän-
diges Staatswesen, allen gleich zugänglich, so auch Marokko.
In den jüngst vergangenen Jahrzehnten ist das eine von Eng-
land, das andere von Frankreich in Besitz genommen worden,
und einer blieb Marktherr, der andere wurde geduldeter Gast.
Man stelle sich einmal vor, daß auf dem Wiener Marktplatz
ein solcher Versuch von einem Standinhaber angestellt
würde!

Das sind Unerträglichkeiten, die mit der imperialistischen
Politik notwendig verknüpft sind, an denen alle Staaten
dem Willen nach teilhaben, die einen mit, die anderen ohne
Erfolg, die einen rechtzeitig und die anderen zu spät; und
schwer zu entscheiden ist, wo Ursache und Folge liegt. Sicher
ist, daß die Weltmacht Ägyptens durch England Frankreichs
Begierde nach Marokko übermäßig angereizt hat und daß
wieder der Raub Marokkos Deutschlands Verdruss hervor-
gerufen hat: Frankreichs Bourgeoisie steht also mitten in
einer Kette von Handlungen und schwer ist dabei von Schuld
zu sprechen, zumal da jeder dem anderen mit Recht voraus-
setzt, daß er bei gleicher Gelegenheit ebenso handeln müßte.
Kann scheint es mehr möglich, derlei Fragen mit dem Maß-
stab des Rechtes zu messen. Entziehen doch solche Unerträg-
lichkeiten nicht selten allmählich, wider den Willen der Par-
teien selbst. Man nehme doch den Fall von Antwerpen!
Dieser belgische Handelshafen war unbekanntlich von jeder
auch ein Hafen des belgischen Handels. Die fast amerikani-
sche Entwicklung der Rheinlande aber macht ihn allmählich
zum Umschlagplatz der deutschen Rheinlande, zu einem Hafen
des deutschen Handels in belgischen Händen. Nach der rein
agrarischen Auffassung steht er als Grundstück im europäi-
schen Grundbuch unter dem Namen Belgiens; die Tatsachen
des Welt Handels aber beginnen den Rechtsfikt des Grund-
buches anzufechten. Offenbar hat noch niemand ein Un-
recht getan und doch beginnt sich eine Unerträglichkeit heraus-
zubilden. Auch Antwerpen ist dafür nur ein Beispiel, es gibt
in Europa noch manche dieser Art.

Und der Ursprung solcher Erscheinungen? Ihr älteres
Bild ist immer dasselbe: Ein Ding, das zwei, drei, alle be-
nützen und oft zu ihrer Existenz benötigen, steht im Sonder-
besitz eines einzelnen: ja im Völkerecht gibt es nur Einzel-
besitz, höchst selten Mitbesitz — dieser ist auch im Völkerecht
höchst ungesund —, aber gar nicht Gesamtbesitz und Ge-
samtverwaltung. Vor allem trifft das zu auf die Wege und
Märkte. Das Meer allein war bisher völkerrechtliche Ge-
meinschaftsstraße, seit diesem Kriege ist auch das nicht mehr
der Fall. Hier liegt nur der eine Grundgrund dieses Krie-
ges: Es ist kein Grundstück, sondern ein Wege- und Markt-
prozeß der allerhöchsten Art. So auch für uns, was
Triest betrifft. Und jeder Friede wird ein bloßer Waffenstill-
stand bleiben, jedes Friedensdokument nur ein Urteil erster
Instanz — wären wir wenigstens so weit! —, wenn nicht als
eines unserer wichtigsten Friedensziele die Aufrichtung eines
internationalen Wege- und Marktrechts erkannt wird.

Als im Jahre 1796 der Friede zu Basel verhandelt
wurde, der den großen Krieg zwischen der französischen Repu-
blik und der monarchischen Koalition auf einige Zeit be-
endete sollte, schrieb Ammonet dem Kaiser Napoleon „Vom
ewigen Frieden“. Mit seiner deutschen Gründlichkeit stellte
er sich nicht diese oder jene Einzelfrage, welche die Diplomaten
den damals beschäftigten mochte, sondern forschte: Wie ist
Friede überhaupt möglich? Er kam zu Ergebnissen, die heute
noch für jedermann sehr belehrend und noch für unser Zeit-
alter höchst bedeutsam sind. Wir können sie heute nicht
wiederholen, wir wissen nur, daß der heißersehnte Baseler
Friede bloß ein kurzer Waffenstillstand in einer fünfund-
zwanzigjährigen Kriegsepoche war. Wir aber sollten uns
immer wieder die gewissenhafte Aufgabe stellen, zu forschen:
welche Voraussetzungen sind im Zeitalter des Imperialismus
zu schaffen, damit ein wirklicher Friede aus dem nächsten
Waffenstillstand werde, der ewige oder wenigstens ein dauer-
nder Friede. Unter diesen Voraussetzungen aber steht ein
internationales Wege- und Marktrecht obenan!

In den vorstehenden Betrachtungen bietet die Londoner „Mor-
ning Post“ vom 29. Dezember ein interessantes Gegenstück. Da
schreibt Edwinborne Scheldale: Ohne die Abschaffung des Schiff-
fahrtszöses im Jahre 1849 hätte Deutschland nie die mächtige
Stellung im britischen Handel einnehmen können. Beseitigt man
das unbeschränkte Recht der deutschen Kaufleute, zwischen den Häfen
des britischen Reiches Schifffahrt zu treiben und britische Dampf-
schiffe zu verwenden, so muß der deutsche Seehandel verdorren.
Deutschland ist jetzt England gegenüber in ganz ähnlicher Lage,
wie Holland es im 17. Jahrhundert war. Vom Deutschen Reich
subventionierte deutsche Schiffe durften frei in englischen und holo-

nischen Häfen verkehren. Während ihre Hauptladungen englischen
Ursprungs waren, brachten sie auch deutsche Waren auf die eng-
lischen Märkte, und mit der Zeit erlangten sie die englischen Han-
delsbeziehungen. Englands Sache ist es, Deutschland vollständig
tot zu machen, denn sonst wird Deutschland mit der Zeit England
identisch. Man muß also den deutschen Handel unter-
binden. Der erste Schritt muß die Befolgung des Beispiels
sein, welches Cromwell gegeben hat: Deutschlands Schiff-
fahrt muß eingeschränkt werden. ... Balle allein ge-
nügen nicht, um den deutschen Handel zu vernichten. Da die großen
Handelszentren der Welt in Englands Besitz sind und dieses zu-
sammen mit seinen Verbündeten die meisten Weltmärkte beherrscht,
zeigt die Geschichte der Schiffahrtsgesetze, daß England durch seine
Seemacht seine Zwecke wirksamer erreichen kann, wenn es die
deutsche Ueberseeschifffahrt zerstört. Amerika
behält seinen Küstenverkehr dem eigenen Volke vor. Australische
Gesetze hindern ein fremdes Schiff daran, z. B. Perth anzulanden
und Ladung nach Melbourne zu bringen. Dieser Grundsat
brauchte nur auf alle Länder des britischen Reiches und seiner
Verbündeten ausgedehnt zu werden, und die deutsche Handelswelt
würde vollkommen vernichtet. Wenn man Deutschland das Recht
des unbeschränkten Zutritts zu den Häfen Englands und seiner
Verbündeten verweigert, bedeutet dies die Erstosselung des
deutschen Handels und Wohlstandes genau so, wie wenn
eine britische Armee Berlin besetzt hält und die Verbündeten Haupt-
stützen in Form von deutschen Bahnen, Bergwerken und Wäldern
in Händen hätten. Die klare Erkenntnis in deutschen Handels-
kreisen von der Entschlossenheit der Verbündeten, in dieser Weise
vorgehen, würde von großem Einfluß auf eine schnelle Herbei-
führung des Friedens sein, noch ehe die Verbündeten diese An-
schanungen zu internationalen Abmachungen formulieren können.

Ein schiefes Beispiel.

h.w. Wie aus Nummer 3 der „Volksstimme“ zu ersehen,
vertritt Ledebour in einem Artikel, der sich mit den Grün-
den der Fraktionsminderheit befaßt, den Standpunkt, daß Ge-
bietsveränderungen mit Zustimmung der Bewohner dieser
Landesteile auch für den Sozialdemokraten als Ergebnis des
Weltkriegs annehmbar seien. Um ein Beispiel dafür zu er-
wähnen, fährt er fort:

Würde beim Friedensschluß das jetzt den Serben abgenom-
mene Mazedonien, dessen Bevölkerung sich in der Mehrzahl
aus Bulgaren zusammensetzt, unter deren Zustimmung zu Bul-
garien geschlossen, so würde das vollkommen im Einklang stehen
mit den Auffassungen, die durch unsere Parteitage
beschlossen sind.

Ganz zu schweigen davon, daß die Geschichte der Plebis-
zite unter dem zweiten französischen Kaiserreich gegen die ge-
heiligte Einrichtung der Volksabstimmung überall doch miß-
trauisch stimmen muß, wo der Volkswille nicht wirklich frei zur
Geltung kommen kann, ist das von Ledebour angeführte
Beispiel denkbar schlecht gewählt. Denn daß sich Mazedoniens
Bevölkerung in der Mehrzahl aus Bulgaren zusammensetzt, ist
eine rein willkürliche Annahme. In dieser heissen ethnogra-
phischen Frage verlangt „die“ Wissenschaft ganz und gar, aus
dem einfachen Grunde, weil es „die“ Wissenschaft hier gar
nicht gibt. Zieht man die bulgarischen Gelehrten zu Rate,
so gelangt man zu der Gewissheit, daß das umstrittene Gebiet
am größten Teile bulgarisch ist; verläßt man sich auf die ser-
bischen Handbücher, so entdeckt man, daß Mazedonien von
überwiegend serbischer Bevölkerung bewohnt wird, und steht
man genauer zu, so findet man, daß ein und dasselbe Dorf in
den verschiedenen Statistiken hier als serbisch, dort als bul-
garisch aufgeführt wird, und manchmal hat keine von beiden
Unrecht. Denn unter dem Druck von Drangsal und Verfol-
gung oder aus anderen äußeren Gründen gibt oft die Bevölke-
rung ganzer Dörfer ihr ursprüngliches Volkstum auf, und
außerdem hat es auch mit diesem ursprünglichen Volkstum
seine Sprachen. Der Sprache nach ist in dem umstrittenen Maza-
donien der sogenannte mittelmaazedonische Dialekt verbreitet,
der sich über Nisch und Rajetshar in das bulgarische Schopen-
land fortsetzt, zahlreiche Bulgarismen aufweist, aber von den
Sprachforschern noch zur serbischen Sprachgruppe gerechnet
wird. Die neuere Forschung neigt denn der Ansicht zu, daß
diese sogenannten Schopo-Mazedonier weder echte Serben noch
echte Bulgaren sind, sondern eine Mittelstellung einnehmen
und im Osten den Bulgaren, im Westen den Serben ver-
wandter sind. Es ist tatsächlich so, wie Mitšabach in seiner
Geschichte des Balkankrieges schreibt:

Es würde eine unmögliche Aufgabe sein, dieses
Gebiet nach Nationalitäten zu bestimmen und ein-
zuteilen. Nirgends findet sich eine Nationalität rein be-
stehen. In dem Gebiete um Nisch sind die Griechen, Ser-
ben und Bulgaren so untereinander gemischt, daß jede dieser
Nationalitäten das Recht auf den Besitz dieses Gebietes erheben
könnte.

In der Praxis läßt es also darauf hinaus: findet die
Volksabstimmung statt, wenn Bulgaren Mazedonien besetzt
halten, so entscheidet sich eine verblüffende Mehrheit für Bul-
garien; wird unter serbischer Leitung und Verwaltung abge-
stimmt, so spricht sich eine ebenso verblüffende Mehrheit für
Serbien aus; wird aber Mazedonien völlig geräumt und dann
zum Plebiszit geschritten, so kommt ein heilloses Rudelmüddel

heraus, denn Alexander Supan führt in seinem Werk über die „Bevölkerung der Erde“ als Bewohner dieser Landstriche an: Türken, mohammedanische Bulgaren, mohammedanische Albaner, katholische Albaner, Bulgaren bulgarischer Konfession, serbisierte Bulgaren, protestantische Bulgaren, Serben, bulgarisierte Serben, türkisierte Serben, albanisierte Serben, Griechen, Walachen und Zigeuner.

Und wie führen nun die Parteitagebeschlüsse aus diesem Wirrwarr mit sicherer Klarheit heraus, gefährter Kollege Ledebour?

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 6. Jan. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front fanden stellenweise teilweise lebhaftere Artilleriekämpfe statt; die Stadt Lens wird vom Feinde fortgesetzt beschossen. Nordöstlich von Le Mesnil wurde der Versuch eines feindlichen Handgranateneingriffs leicht vereitelt. Ein gegnerischer Luftschiffangriff auf Douai blieb erfolglos. Durch deutsche Kampfflieger wurden zwei englische Flugzeuge abgeschossen, das eine durch Leutnant Voelke, der damit das siebente feindliche Flugzeug außer Gefecht gesetzt hat.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Eine im Walde südlich von Jakobstadt vorgehende Erkundungsabteilung mußte sich vor überlegenem feindlichen Angriff wieder zurückziehen. Bei Gzartorok wurde eine vorgeschobene russische Position angegriffen und geworfen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 6. Jan. (W. V. Amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 6. Januar 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit in Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze hat gestern wesentlich nachgelassen. Der Feind hielt unsere Stellungen zeitweise unter Geschützfeuer, seine Infanterie trat nirgends in Aktion. Auch an allen anderen Teilen der nordöstlichen Front fielen keine Ereignisse von besonderer Bedeutung vor.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstennäheren Front nahm das feindliche Geschützfeuer stellenweise neuerdings zu. Nordlich Dolje wiesen unsere Truppen wieder mehrere Angriffe blutig ab und behaupteten so die eroberte Stellung. Im Tiroler Grenzgebiete fanden in den Abschnitten von Buchenstein und Niva lebhaftere Artilleriekämpfe statt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nordlich von Verane und westlich von Rogaj sind die Truppen des Generals v. Kovach in günstig fortgeschrittenem Angriff gegen die Montenegriner. Im Gebiete der Vöche di Galiato trat in den letzten Tagen zeitweise auf beiden Seiten die Artillerie in Tätigkeit. Sonst blieb die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Einstellung der russischen Offensive?

Nur wenige Tage haben die Massenstürme der Russen an der ostgalizischen und bessarabischen Front gewährt und bereits flaut die Offensive ab. Ob die Befürchtung rege wurde, es könne kommen wie in den Karpaten, wo die beste Kraft der Russenheere in vergeblichen Massenstürmen verblutete und dann, nachdem die Russenheere genügend gemüht, Blut und Schlag niederkauten und alles zertrümmerte? Jedenfalls kosteten die Stürme den Russen wieder schreckliche Opfer und jeder Erfolg blieb aus. Zwar sagt ihr jüngster Tagesbericht: „In der Gegend der mittleren Ströme befestigten wir das gewonnene Gelände.“ Und von der Gegend nordöstlich Czernowit beist es: „Unsere Abteilungen besetzten von neuem einen Teil der feindlichen Stellungen. Einen Gegenangriff des Feindes warfen wir durch unser Feuer zurück, das ihnen große Verluste zufügte.“ In dieser Gegend nahm eine unserer Abteilungen 18 Offiziere und 1043 Mann gefangen und erbeutete vier Maschinengewehre.“ Aber an der Hand der Berichte und Kommentare aus dem österreichisch-ungarischen Pressequartier und auf Spezialarten konnte man feststellen, daß die russischen Vertriebe Orte als erobert nennen, die es garnicht gibt. Diesmal merkte man auch in Paris, daß es faul stehe und so beizten sich die Blätter zu versichern, auf eine allgemeine Offensive hätten die Russen es garnicht abgesehen, ein Durchbruch sei nicht beabsichtigt, habe auch dort wenig Wert. Nicht militärisch sondern politisch sei ein Erfolg an dieser Stelle von Wichtigkeit.

Damit wäre also eingestanden, daß Massen geübt werden ohne Hoffnung auf strategische Erfolge. Welches aber sind die erstrebten politischen Erfolge? Man hoffte wohl, die Zurückgewinnung eines Stückchens Gelände werde auf Rumänien günstig wirken; noch mehr hungert der Zarismus nach Erfolgen, und seien sie winzig klein, als Stimulus für die Verbesserung der Volkstimmung. Es großt und gärt in den Massen. Die Duma muß endlich zusammentreten, aber bereits weicht es, die Veröffentlichung der Reden würde unter schärfster Zensur gestellt, da die bisherigen Reden Panik und Verwirrung im Volke verursachten. Nur ganz wichtige Beschlüsse, fassungen der Plenarsitzungen würden zur Veröffentlichung kommen. Es wäre zu schön gewesen, in solcher Bedrängnis dem Volk wenigstens das Schauspiel kleiner Siege darbieten zu können. Nun ist's auch damit nichts.

Petersburg, 6. Jan. (W. V. Amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. In Klein eingetretene Meldungen zufolge nehmen die Kämpfe an der rumänischen Grenze und der benachbarten Front rasch an Heftigkeit zu. Der Geschützdonner ist auf eine Entfernung von 50 Werst ringsum zu hören. In den Törfern dieser Gegend sind alle Fenster eiserne. Die Schläge tönen besonders heftig auf der Front Tarnopol-Trembowla. Verwundete russische Offiziere berichten, daß sich die Folgen dieser Kämpfe schon fühlbar machen. Dieselben Offiziere weisen auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, welche die Russen auf dieser Front zu überwinden haben, wo die Stacheldrahtverhaue oft in 24 Reihen ausgelegt und mit hartem elektrischem Strom versehen sind, der von eigens zu diesem Zweck eingerichteten Stationen erzeugt wird. Ein unmittelbares Vordringen an die Stacheldrahtverhaue ist unmöglich. Infolgedessen haben die russischen Soldaten folgendes Mittel gefunden: Geschäfte dieser Art werfen auf diese Hindernisse harte Laue mit Schlingen und ziehen daran, bis sie die erste Reihe Stacheldraht gebrochen haben, dann die zweite, dritte usw.

Amerikanisches Syndikat in Rußland.

Stockholm, 7. Jan. (D. D. B.) „Dien“ berichtet: Die Petersburger Großbanken beschließen, der Kreditanstalt eine allgemeine Eisenbahnanleihe von 200 Millionen Rubeln vorzuschlagen. Die Anleihe soll zur Unterstützung der Privatbahnen dienen, die durch den Krieg in Verlegenheit geraten sind. — Die „Wirschewaja Wjedomosti“ geben Einzelheiten über ein großes amerikanisches Syndikat, das mit einem Grundkapital von 50 Millionen Dollar unter dem Geschäftsnamen „Amerikanische Internationale Gesellschaft“ eingetragen ist. An der Spitze stehen Persönlichkeiten aus der Finanzwelt und der Industrie Amerikas, u. a. Vonderlip, der Direktor der großen Nationalbank, der in naher Ver-

bindung mit Morgan steht. Die Nationalbank besitzt auch die Hälfte der Aktien und wird demnach in Petersburg eine Filiale eröffnen. Das genannte Syndikat wird den Handel und die Industrie tatkräftig unterstützen, die Staatsanleihe auf dem amerikanischen Markte unterbringen und den Warenaustausch zwischen Rußland und Amerika zu fördern suchen. Auch soll der Bergbau in Rußland rationaler betrieben werden. An der Spitze dieses neuen russisch-amerikanischen Finanzsyndikats steht ein Direktorium, bestehend aus 24 Personen unter dem Vorsitz von Stone, dem Direktor der elektrischen Firma Stone and Webster.

Ententeschacher mit Griechenland.

Die „Agence Havas“ meldet aus Athen: Die französische Regierung hat die griechische Regierung benachrichtigt, daß sie ihr 10 Millionen Francs als Voranschlag auf die Anleihe zur Verfügung halte, über die augenblicklich verhandelt wird. Ferner kommt aus Sofia eine allerdings unbegründete Meldung, einer dortigen neutralen Gesellschaft sei die Mitteilung zugegangen, daß sich die englische Regierung bereit erkläre, die gefangenen Konsuln freizulassen, wenn einige Vertreter von England und Frankreich, die in den Hauptstädten der Verbündeten festgehalten werden, freigelassen werden. Die englisch-französischen Verhandlungen hierüber seien beinahe beendet. Ein gemeinschaftlicher Beschluß von England und Frankreich werde der griechischen Regierung bald mitgeteilt werden.

Also Trümpfangebot und der Versuch eines Handels, der zu der Gewalttat gegen die Konsuln noch die schmutzige Erpressung gesellen und natürlich dem gekränkten Recht keinerlei Genugtuung leisten würde.

Die Veröffentlichungen aus abgefangenen Briefen englischer Amtspersonen haben in Athen großes Aufsehen hervorgerufen. Die Presse ist entsetzt. „Embros“ schreibt, es gebe nichts Schlimmeres als diese zivilisierten Barbaren, welche die Stimme der von ihnen Ermöglichten erstickten wollen. Zwei der Abgefangenen lesen sich auf: Reue: die Sekretäre der britischen Gesandtschaft in Athen leugnen den Brief, der den Wunsch der Verjagung des griechischen Königs ausdrückt, und der britische Gesandte in Athen, Elliot, sagt, er habe die ihm zugeschriebenen Worte: „Ich habe wenig Sympathie mit den Serben, meine Gefühle sind mehr auf bulgarischer Seite“, nie geschrieben. Diese Abwegungen verbreiten Reue, sie sind also doppelt glaubhaft. Die Griechen werden sie entsprechend einschätzen.

Die Entente fährt inzwischen fort, fremde Kräfte für sich zu rekrutieren und dabei werben sie mit gewaltigen Zahlen nur so um sich. Zur selben Stunde, da in Paris, auch vom „Temps“, schwermütige Betrachtungen veröffentlicht werden über die Schwierigkeit, die nach Albanien verpreschten Rest des Serbenheers vom Hungertode zu retten, renommierten Ententevertreter mit einem Serbenheer von 160 000 bis 170 000 Köpfen, das sie zusammenzubringen hoffen. Später geht's nimmer!

Der neue serbische Kriegsminister.

Budapest, 7. Jan. („Post. Hg.“) „Az Est“ meldet aus Budapest: An Stelle des früheren serbischen Kriegsministers Stefanowitsch, der zurückgetreten ist, wurde General Terzli zum Kriegsminister ernannt. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuille bei.

Der gefährdete Suezkanal.

Kopenhagen, 7. Jan. (D. D. B.) Die letzten Torpedierungen im Mittelmeer haben jetzt sämtliche holländischen und japanischen Schiffsfahrtsgesellschaften veranlaßt, den Suezkanal aufzugeben und ihre Schiffe zukünftig ausnahmslos um das Kap zu leiten. Der „Temps“ bemerkt hierzu mit wohl zu verstehendem Verger, die Zentralmächte haben die Schifffahrt um 50 Jahre zurückgeworfen.

Englische Subsidien für Italien.

Zu der Zeitkritik Italiens zum Londoner Abkommen erfahren Berliner Blätter über Zürich, daß darin noch ein zweiter Punkt enthalten ist, nach dem Italien für seinen Beitrag von England 2 Milliarden Lire (etwa 1 000 000 000 Mark) erhält. Eine solche Summe würde Italien in das alte Abhängigkeitsverhältnis herabdrücken, in dem Serbien zu Rußland stand. Und es begab das Trümpfangebot noch mit Blut und Fleid.

Seuileton.

Der Gerber.

Von Hermann Horn (München).

(Schluß des ersten Teils.)

Ich konnte eine Familie, französische Einwanderer, die Gerber in einer kleinen Stadt waren. Bei denen lebt eine Geschichte, die wurde folgendermaßen erzählt.

Ich, ja, von der Minnette — das war eine arme Verwandte von uns. Sie soll sehr schön gewesen sein. Immer trug sie ein blaues Kleid, auch ihre Augen waren blau, und wenn sie lachte, ging es ihr über das ganze Gesicht, gerade so wie wenn sie rot wurde.

Sie war eine Wäscherin und verlobt mit einem Gerbermeister. Das war ein riesiger Mann, mit einem breiten Gesicht. Seine Augen waren klein und unter schweren Lidern begraben, und seine Unterlippe stand ein wenig vor. Das sah immer aus, als sei ihm alles gleichgültig. Und von der Gerberei, die schon lange in der Familie war, war sein Gesicht über und über braun gebräunt. Ihre Mutter hatte die kleine Minnette diesem Gesellen gegeben, weil er ein Hans hatte und seine Gerberei gut ging. Er hatte sie verächtlich, wie es schien, in Empfang genommen, war viel und still um sie, und zu Ostern sollte die Hochzeit sein.

Eines Tags aber sollte das Wäscherinmädchen die Wäsche zu einem Marquis bringen. Und da sie unerfahren war, verkehrte sie die richtige Treppe und stand auf einmal in einem Saal. Dessen Wände waren über und über mit Gold und glänzenden Spiegeln bedeckt, ab und zu hingen bunt bemalte prächtige Bilder, und auf dem Boden, der glänzend war, sah man sich darin sehen konnte, standen herrliche, goldene Stühle mit hellen, seidnen Polstern. Als sie da noch inmitten stand und kaum zu schreien wagte, ging plötzlich eine große, seidene Portiere auseinander, die sie erst gar nicht gesehen hatte und ein schöner junger Mann, in einem königlichen, seidnen Kostüm stand vor ihr. Er hob ein Augenbraue, das ihm an einer goldenen Kette um den Hals hing, betrachtete sie und schloß dann mit einem silbernen Glöckchen. Alsogleich kamen prächtig gekleidete Diener, die muß-

ten ihr die Wäsche abnehmen, und eine alte Frau brachte ihr seidene Kleider. Nachdem sie die angezogen hatte, führte der schöne Mann sie zur Tafel. Da wurden die kostbarsten Gerichte aufgetragen, und roten Wein gab es zu trinken aus kristallinen Gläsern. Und rings in diesem Speisesaal glitzerte alles silbern auf blauem Hintergrund.

Und als der schöne Mann Minnette fragte, ob sie ihn wohl lieben könne, glaubte sie zu träumen, und sagte, wie sollte sie nicht.

Bier Wochen lebte Minnette in diesem Schlosse und dachte nicht an die Vergangenheit, nur einmal, als sie im Park spazieren ging in ihrem seidnen Kleid, war ihr's, als ginge der Gerber draußen am Tor vorbei. Er hatte seine Haare mit Lumpen unwiderrüstlich, tappte laut und schwer in Goldschuhen einher, und in der Hand trug er sein großes, blinkendes Schabmesser. Damit winkte er ihr. Da schrie sie laut auf und brach ohnmächtig zusammen.

Als sie wieder erwachte, stand der schöne Marquis vor ihr, sagte etwas, was sie nicht verstand, streckte ihr eine Kasse Dukaten in die Hand; und zwei Diener mußten sie vor die Türe des Schlossparks führen.

Jetzt überkam sie die Angst, und sie erinnerte sich ihres früheren Lebens. „Am Gotteswillen“, rief sie, „wo ist mein Wäscher, ich muß ihn ja haben, geht ihn mir herauf!“

„Die Diener laßten, und einer blinzelte ihr zu. „Minnette“, sagte er, „wenn du heute abend auf meine Kammer kommst, sollst du ihn haben!“

Da floh sie voll Grauen. Den ganzen Tag verbrachte sie in den Feldern und Wiesen; und erst als die Nacht kam, klopfte sie an ihrer Mutter Haus an.

Die schlug sie, nahm ihr die Kasse mit Dukaten ab, sagte ihr, sie solle dem Gerber nur sagen, sie sei bei ihrer Tante gewesen.

Und Minnette sagte gar nichts.

Der Gerbermeister kam, verächtlich wie immer, sah sie unter seinen schweren Augenlidern, die die ganzen Augen fast bedeckten, an und nach acht Tagen war die Hochzeit.

Minnette wachte nicht, daß es anders sein könnte. Sie bekam Kinder, besorgte ihren Haushalt und lebte neben ihrem Mann dahin, dessen Augen sie noch niemals ganz gesehen hatte.

Damals kam gerade die große französische Revolution, wo man alle Edelleute vertrieb und dem König und der Königin die Köpfe abschlug.

Eines Nachmittags im Sommer, Minnette war gerade dabei, ihres Mannes Schürzen zu flicken, näherten sich Schritte auf dem Kies des Gartens, die Türe ging auf, und herein kam, in einem grauen Mantel gehüllt, ein Mann. Er ging auf sie zu, ließ den Mantel fallen und bat sie, indem er einen gefüllten Beutel hoch hielt, ob sie ihm nicht Speise und Trank geben könne und Unterschlupf für nur 24 Stunden. Er sei Marquis und sie seien ihm hart auf den Herzen. Und nicht weit von hier habe er ein Gut, da hoffe er noch Leute zu treffen, die ihm weiter helfen würden.

Minnette hatte ihn sogleich wiedererkannt, als er nur den Mantel hatte fallen lassen. Die Tränen kitzelten ihr hervor, gedachte sie seiner fernem, schönen Zeit, sie kniete vor ihm nieder und küßte ihm die Hand und fragte, ob er denn nicht seine Minnette wieder erkenne.

Und als der Marquis sie erkannt betrachtete und nicht wachte, wo er sie hinstun sollte, ging es trab, trab; und der Gerbermeister, in Goldschuhen, die seine mit Lumpen unwiderrüstlich, das große, blinkende Schabmesser in der Hand, kam herbei und hatte verächtlich die Unterlippe vorgeschoben und blinzelte unter seinen schweren Augenlidern.

Der erkannte den Marquis auch sogleich, und als er sein Weib vor ihm knien sah, ging er ihm nach. Das kleine Tögelein schlug er ihm mit dem Schabmesser aus der Hand und endlich hatte er ihn auf eine Bank niedergebückt. Der Herrnte wehrte sich mit Händen und Füßen, aber er legte sich auf ihn und sah ihm eine Weile ins Gesicht, verächtlich die Unterlippe vorgeschoben und die Augen schwer unter den Lidern vergraben. Dann schnitt er ihm den Hals ab bis auf den Knochenwirbel.

Darauf ging er wieder zu seiner Arbeit.

Als man mir diese Geschichte erzählt hatte, kam jener der jüngste Sprößling der Familie gesprungen in einer roten gelben Schürze. Der hatte eine so vorgeschobene Unterlippe. Alle andern waren schön frisch und konnten soviel Marquis- als Wäscherinmädchen sein, so sauber waren sie

Gederns Tagesbericht lautet: Unsere tapferen Patrouillen erschließen die feilen Gänge, welche vom Asico gegen unsere Anstalten, und beschließen die Verschönerungen und Unterstände des Feindes. Im Hellabell gestörten unsere tapferen Geschäfte Arbeiten des Feindes die Wollungst zur Wiederherstellung von Verschönerungen und Unterständen. Im Hellabell gestörten unsere tapferen Geschäfte Arbeiten des Feindes die Wollungst zur Wiederherstellung von Verschönerungen und Unterständen. Im Hellabell gestörten unsere tapferen Geschäfte Arbeiten des Feindes die Wollungst zur Wiederherstellung von Verschönerungen und Unterständen.

Die englischen Wehrpflicht-Debatten.

London, 6. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Bei der Debatte über die Vorlage zum Wehrpflichtgesetz sagte Mr. Bingle (Liberal), die Lage im Kriegsbereich grenze an eine Revolution; die Regierung verleihe der Öffentlichkeit die Illusion der Systematik. Die Wehrpflicht mehrerer Millionen Männer weigerte sich, Lord George bei seinem jüngsten Besuch anzuhören. Lord George stellte dies in Abrede und wandte ein, daß die Berichte über die vertriebenen Wehrpflichtigen entstellend seien. Lord George sagte, die Arbeiter im Kriegsbereich hätten sehr betrübte Gesichter. Wenn diese nicht bald abgestellt werden, würden sehr ernste Schwierigkeiten entstehen. Eine (Unionist) führte aus, die Arbeiter des Kriegsbereichs fänden es schwer, die gegenwärtige Haltung Lord Georges mit seinen früheren Anschauungen zu vereinigen. Das sei ein Hauptgrund der Schwierigkeiten. Lord George erklärte, es sei notwendig, die Arbeiter und Arbeitgeber unter eine gewisse militärische Kontrolle zu stellen, damit sie nicht die Umstände gegeneinander ausnützen würden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter sei nicht als eine Revolte gegen die Regierung, sondern gegen die Führer der Gewerkschaften anzusehen. Diese Unzufriedenheit habe bereits vor dem Kriege eingesetzt. Jetzt bestehe eine sehr starke Organisation, die gegen die Arbeiterführer arbeite; aber es müsse doch die Arbeit organisiert werden, wenn der Krieg gewonnen werden solle. Douthwaite sagte, als die Vergleiche von Südafrika eine Zustimmung der Führer gezeitigt hätten, habe Lord George alle ihre Forderungen bewilligt. Es sei nicht einzusehen, weshalb schottische Arbeiter anders behandelt werden sollten als Waliser.

Der Liberale Hahne, ein überzeugter Anhänger des Freiwilligkeitensystems, erklärte, er werde die Vorlage annehmen, da die Regierung sie für notwendig halte; er wolle aber die Verschärfung zu haben, daß das Gesetz nur für die Dauer des Krieges gelte. Der frühere Kriegssekretär Cecil führte sich mit Nachdruck für die Wehrpflicht ein. Der Führer der Liberalen erinnerte daran, daß seine Partei die Regierung bisher in allem unterstützt habe und daß sie zu jedem Opfer bereit sei, das notwendig sei, um den Krieg zu gewinnen. Die Freie führten sich in diesem Kriege eins mit dem Reich, was bei früheren Kriegen nicht der Fall war. Wenn Aquith bewiesen hätte, daß der Dienstweg das einzige Mittel sei, um den Krieg zu gewinnen, so würde sicherlich niemand dagegen sein. Aquith habe jedoch die Vorlage nicht mit Gründen militärischer Notwendigkeit bekräftigt, sondern damit, daß er es für notwendig halte, ein Verbot einzuführen. Er glaube, daß mehr Männer zur Verfügung ständen, als die Regierung ausbilden könnte. Seine Partei könne daher nicht für die Vorlage stimmen. Bonaie Law sagte, das Kriegsamt habe die Vorlage für notwendig, um den Krieg siegreich zu beenden. Die Verantwortung der Gegner der Wehrpflicht sei ebenso groß, wie die der Regierung.

Wie der „Kotterdämische Courant“ aus London berichtet, erregte die Mitteilung Aquiths, daß die Rekrutierung nach dem Verbotsprinzip Gruppen system von neuem eröffnet werden solle und die Unterhändler selbst jetzt noch Gelegenheit haben sollten, freiwillig einzutreten, Geistesleil. Jemand rief dagegen: „Dann ist ja das ganze Gesetz überflüssig.“ Die Debatte wurde vertagt.

Die Stellung der Gewerkschaften.

Es ist nach den bisherigen Meldungen noch nicht festgelegt, Vertreter des Gewerkschaftsbundes, des Bahnarbeiterbundes und des Transportarbeiterbundes sollen in London am 5. Januar abends eine langandauernde Sitzung abgehalten haben, worin sie übernahmen, das Wehrpflichtgesetz bis zum alleräußersten und mit allen Mitteln, die diesen wichtigsten Arbeiterverbänden zur Verfügung stehen, zu bekämpfen. Bessera ist dann der offizielle Arbeiterkongress zusammengetreten. Von ihm wird aber vorläufig mitgeteilt, daß der Kongress die Vorlage beantragte, die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament sollten frei und ohne fremden Zwang über die Bill abstimmen. Für selbständige Begriffe erscheint dieser Antrag seltsam. Er kann aber bedeuten, daß der Arbeiterpartei der Eintritt in die parlamentarische Arbeit und Entscheidung freigegeben werden soll, während eine andere Seite vielleicht Ablehnung ohne Verhandlung vorgeschlagen hatte.

Die Teilnahme Englands am Kriege.

Aus London wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ erzählt, daß die Verbündeten über die schwierige Frage beraten, in welchem Verhältnis in bezug auf finanzielle Beiträge, Gefühlsleistung und Soldaten England am Kriege teilnehmen solle. Das überläßt in Erwägungen eingetreten werde, sei recht verständlich. Denn wenn Englands Beitrag an Soldaten nicht begrenzt werde, könne England im Jahre 1916 nicht damit fortfahren, seinen Verbündeten Anleihen desselben Umfangs wie 1915 zu gewähren.

Dah solche Auseinandersetzungen die „Verbündeten“ beschäftigen, weiß man längst. Man merkt auch in der Entente, wie sehr England den Krieg nur als Geschäft betrachtet und sich darauf einrichtet, auch ohne seine Verbündeten und nach deren Erschöpfung Nutzen aus dem Krieg und seiner Fortsetzung zu ziehen. Die Anleihen, die es seinen Verbündeten bisher gewährte, sind nicht überwältigend und drücken den reichen Staat nicht. Weil die anderen Mitglieder der Entente die englischen Schiffe brauchen, macht England glänzende Geschäfte. Sein Exportgeschäft steht relativ gut, während seine Verbündeten vielfach in harter finanzieller und geschäftlicher Bedrängnis sind. Jetzt will sich England auch noch nicht von der Soldatenspende an die Kampfplätze seiner Verbündeten befreien lassen, teils wohl, weil es die Wehrpflicht nicht überlassen will, wenn ihre Einführung gelangt, teils, weil es sich Truppen rekrutieren möchte, falls die anderen zu verlegen anfangen. Im englischen Unterhaus hätte eben Tenant in Verantwortung einer Anfrage mit, daß die Gesamtverluste an der Westfront bei den letzten Jahresübersichten zwischen dem 23. September und dem 8. November waren: Offiziere 772 tot, 1288 verwundet, 317 vermißt; Mannschaften 10345 tot, 26095 verwundet und 8843 vermißt. Das scheinen der Augen englischer Regierung schon ganz ungeheure Opfer zu sein, die sie weiter zu bringen sich sehr überlegt. Geht es mit Geld zu machen, so ist es ihr

lieber. Denn Geldanlagen rentieren sich besser, als solche Blutopfer.

Frankreich und Italien mindestens sollten bald erkennen, in welche gefährliche Gesellschaft sie sich begeben haben!

Die „Persia“ und die Amerikaner.

Newport, 6. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Durch Rundspruch von dem Vertreter des B. V. Die „Evening Post“ berichtet aus Washington: Senator Gore (Demokratische Partei) hat zwei Beschlüsse zur Verhinderung der Ausgabe von Wäffen an Amerikaner zur Reise auf Schiffen der Kriegsführenden und zur Einschränkung des Passagierverkehrs auf Schiffen mit Kriegsmunition eingebracht.

In der sich hieran anschließenden Besprechung trat stark die Tatsache hervor, daß die Senatoren über die Frage von Reisen von Amerikanern auf Schiffen der Kriegsführenden nicht einer Meinung sind. Während Senator Owen für die Schritte der Regierung eintretet und dagegen, daß amerikanische Bürger ihre Regierung durch Reisen auf Schiffen Kriegsführender ungeschützter Weise in Verwicklungen brächten, hielt Senator Doherty dafür, daß nach dem Völkerrecht die Amerikaner an Bord solcher Schiffe, wenn sie nicht bewaffnet wären, ebensoviel Rechte hätten, wie auf neutralen Schiffen. Senator Jones forderte, die Bürger sollten sich aus einfacher Vernunft und Taktgefühl absetzen von den Kriegswirren halten. Senator Wicks meinte, die Regierung selbst habe eine Verharmlosung begangen, als sie bei der Abreise der „Lusitania“ und in anderen Fällen die Amerikaner nicht gewarnt hätte, daß sie sich von Schiffen fernhalten müßten, welche zugunsten der Kriegsmunition führten. Senator Robinson gab zu verstehen, wenn eine solche Warnung ergehen würde, würde sie Zweifel erwecken, ob Amerika noch glaube, daß nach dem Völkerrecht das vorerwähnte Recht überhaupt bestehe. Senator D. Worman lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß seinezeit Amerikaner aufgefordert worden seien, Mexiko zu verlassen, obwohl niemand die Tatsache bestritten habe, daß Amerika der Meinung war, die Amerikaner hätten das Recht, nach Mexiko zu gehen. Der Redner wies darauf hin, daß, wenn die Regierung unter gleichzeitiger Verletzung ihrer Rechte und dem Rechte ihrer Bürger Warnungen erlasse, dadurch dem von Robinson erhobenen Einwande begegnet werden könnte.

Die „Evening Post“ meldet aus Washington: Antliche Kreise geben die Verächtlichkeit der Lage an, daß, so lange die Alliierten Handelschiffe bewaffnen, die Amerikaner dauernd in Gefahr sind, und die Regierung in Washington von Verwicklungen bedroht ist; es sei nicht unwahrscheinlich, daß diese Empfindung zu einer neuen Politik führen werde.

Danach bohrt sich doch allmählich auch in Amerika die Ueberzeugung durch, daß England durch seine völkerrechtswidrige Seefriegspolitik alle Beziehungen herauszufordern hat. Möge man nur endlich im Sinne der Zeitungsverhältnisse handeln und England zum Recht zurückrufen oder englische Schiffe meiden!

Ein englisches U-Boot gesunken.

Saug, 6. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Wie das Marine-Departement mitteilt, traf das niederländische Kriegsschiff „Noord Pradant“ heute in der Höhe von Zeyl außerhalb der territorialen Gewässer ein britisches Unterseeboot, das Postsignale gab. Die Besatzung von 32 Mann wurde durch den niederländischen Kreuzer gerettet. Das Unterseeboot ist gesunken.

Die Amerika informiert wird.

Rotterdam, 6. Jan. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus Newport: Ein bemerkenswerter Vorfall wurde anlässlich der Verankerung der „Persia“ von deutschfreundlichen Kreise viel besprochen: Die von der „Associated Press“ veröffentlichte amtliche Mitteilung aus Washington, in der der Bericht des amerikanischen Konsuls Garrels in Alexandria zitiert worden ist, aber die von Garrels mitgeteilte Tatsache, daß die „Persia“ eine Kanone an Bord führte, verschwiegen wurde. Als dies in Privatberichten der Rotterdamse Blätter gemeldet wurde, ersuchte die „Associated Press“ das Staatsdepartement um ein Dementi, erhielt jedoch, daß die Erwähnung der Kanone in dem der „Associated Press“ zur Verbreitung übergebenen amtlichen Bericht weggelassen worden ist. Die „Associated Press“ hat diese Information veröffentlicht. Die deutschfreundlichen Blätter machen nun dem Staatssekretär Lansing erbitterte Vorwürfe, daß er versucht habe, durch Unterdrückung einer Tatsache, die in der U-Bootkriege entstandene Spannung hätte vermindern können, die Vereinigten Staaten gegen die Zentralmächte zu versöhnen. Die Blätter erinnern daran, daß Professor v. Nach vor einiger Zeit das Staatsdepartement beschuldigt habe, Berichte des amerikanischen Völkstatters in London zurückgehalten zu haben, in denen erklärt worden ist, daß keine amtlichen Beweise für die Berichte von Bryce über angebliche deutsche Gräueltaten in Belgien gefunden worden seien.

Berliner Gemeindeleben in der Kriegszeit.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung führte Oberbürgermeister Wermuth aus: Die Werke des Friedens sind durch den Krieg nicht zu unterbinden vermocht worden. Fast lautlos vollzog sich am 1. Oktober 1915 die größte Umwandlung, die die Krone der Stadt zu verzeichnen hat, der Übergang der Elektrizitätswerke in die Verwaltung Berlins, ein Wechsel, der der Bürgerseelsorge Nutzen verspricht. Unsere Bauten steigen ohne große Hindernisse weiter in die Höhe und in die Tiefe. Der neue Hafen hat den schwersten Bauabschnitt überwindend schnell überwunden, der Linden-Tunnel nähert sich seinem Ende, die Nord-Süd-Bahn schreitet munter vorwärts. An großen Schulbauten sind während der Zeit des Krieges 12 entstanden. Die Krankenpflege hat eine höchst umfassende Friedensstätigkeit entfaltet. Die Kriegspflicht hat ganz Groß-Berlin mit dem Geist völliger Einmütigkeit durchdrungen. Ohne jeden Zwang haben sich bei jeder Kriegsfrage die Gemeinden des weiteren südlichen Wirtschaftsbereiches zusammengefunden und Aufgaben gelöst, deren jede einzelne für sich allein gewiß nicht hätte Herr werden können. In der Freiheit liegt nicht nur die höchste Gewähr für die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Einordnung in das Gesamtwohl. — Der Stadtverordnetenvorsteher Wichelet erteilte dann eine sehr entscheidende Abgabe an den Zweckerband Groß-Berlin. Das unglückselige Gesetz habe nicht erfüllt, was die Gesetzgeber

erwarteten. Es sei eine Mißgeburt, für Berlin ein Leiden geworden.

Als Stadtverordnetenvorsteher wurden gewählt: Wichelet (Freie Fraktion), Cassel (Alte Linke) und Heilmann (Soz.).

Gouverneur und Arbeitsnachweis.

Der Verband der Industriellen für den Bezirk Köln hatte die Zeit des Bürgerfriedens ausgenutzt, um unter Umgehung der städtischen paritätischen Arbeitsnachweis-Anstalt in Köln einen eigenen Unternehmer-Arbeitsnachweis zu gründen. Die Kartelle aller Gewerkschaftsrichtungen in Köln erhoben sofort energischen Protest und erklärten, sie müßten jede Verantwortung für alle weiteren Folgen, die durch diesen Vorstoß der Unternehmer entstünden, ablehnen. Der Einspruch hat Erfolg gehabt; wie den Kölner Industriellen durch Zirkular mitgeteilt wird, hat der Gouverneur von Köln am 1. Januar „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ jede Betätigung des Arbeitsnachweises verboten.

Japan und die revolutionäre Bewegung in Südschina.

„Metisch“ berichtet aus Tokio: Auf einer großen Versammlung in Tokio einigten sich die Teilnehmer kategorisch dahin, bei der Befragung der Regierung darauf zu dringen, daß Yuanshikai auf die Kaiserwürde verzichte. Die von der chinesischen Polizei eingeleitete Untersuchung über die Unruhen in Südschina haben ergeben, daß Japaner an der Spitze der revolutionären Bewegung standen. Die Revolutionäre von Schanghai erhielten Gewehre und Munition aus Japan. — Zu kurzer Zeit wird Yuanshikai eine allgemeine politische Amnestie erlassen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Für die am 12. Januar in Sangerhausen stattfindende Reichstagswahl haben nunmehr auch die Sozialdemokratischen Stimmhaltungen beschlossen. Dadurch wird der Vertreter des rheinisch-westfälischen Großkreises, Candidatus Dirich (Soz.), ohne Wahlkampf in den Reichstag eingehen.

Mangel an Rohstoff und Höchstpreispolitik ist der Preis in Italien noch immer der Spekulation überlassen. In Zeit von einigen Tagen ist in Venedig der Preis für 1 Kilogramm Brot von 66 auf 70 Zenti gestiegen, in Turin auf 68 Zenti, in Ferrara von 60 auf 68 Zenti und weitere Erhöhungen werden von den Protagisten für Januar angekündigt. Aus Konstantinopel wird die Regierung seit Monaten um Maßregeln gegen die Preissteigerung ersucht, aber vergebens.

Aus der Partei.

Im Industriegebiet.

Die Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei am Niederrhein nahm zu den letzten Vorgängen im Reichstag und in der Reichstagsfraktion Stellung und sagte mit 19 gegen 3 Stimmen folgenden Beschluß:

Die Bezirksleitung des Niederrheins billigt die Stellung der Fraktionsminderheit von 44 Genossen, die für die Ablehnung der Kriegskredite in der Fraktion eintreten. Sie behauptet das Vorgehen der Fraktionsmehrheit, das der Minderheit die öffentliche Darlegung ihres Standpunktes unmöglich machte, ihr Redner im Plenum verbot und so zu dem selbständigen teilweisen Vorgehen von 20 Mitgliedern der Minderheit führte.

Die Bezirksleitung wendet sich gegen jeden etwaigen Versuch, die Fraktionsminderheit durch den Parteiausschuss zu disziplinieren. Der Parteiausschuss ist nur eine beratende Körperschaft, und es gehört nicht zu seinen Kompetenzen, stehende grundsätzliche oder taktische Streitfragen zu entscheiden.

Dagegen hat die Bezirkskommission für das westliche Westfalen, in der die Wahlkreise Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Reddinghausen-Vorke, Hamm-Soest, Münster-Coesfeld, Warendorf-Lüdinghausen und Arnsberg-Meschede, entsprechend der Stärke ihrer Organisationen vertreten sind, folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Die Bezirksvertretung sieht wie bisher auf dem Standpunkt der Reichheit der Reichstagsfraktion und hält die Bewilligung der Kriegskredite in der jetzigen Kriegslage für geboten. Sie bedauert lebhaft, daß sich eine große Minderheit durch solche Voraussetzungen oder Schlußfolgerungen leiten ließ, der Kreditvorlage ablehnend gegenüberzutreten. Ganz entschieden verurteilt sie aber das Vorgehen der zwanzig Mann der Minderheit, weil deren Disziplinmangel unheilvolle Folgen für die Arbeiterbewegung nach sich ziehen kann. Der Fall „Kühle“ ist der erste, aber auch schlagende Beweis dafür.

Die Bezirksvertretung fordert die leitenden Parteifunktionen auf, unverzüglich geeignete und energische Schritte zu unternehmen, um die weitere Tätigkeit Kühles, der rückfällige auf Parteipolitik hinabzuwirken, innerhalb der Organisation unmöglich zu machen.

Neulich wie die Bezirksleitung des westlichen, hat auch jene des östlichen Westfalen entschieden.

Die Stellungnahme der Parteivertretungen in Rheinland-Westfalen interessiert nicht bloß, weil dort das Industriegebiet ist, sondern auch im Hinblick auf die wiederholt erwähnte Haltung der Militärbehörden dieses Bezirks.

Der Zentralvorstand von Groß-Berlin hat „mit großer Mehrheit“, der Bezirksvorstand Halle-Merseburg mit 12 gegen 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, sich auf die Seite der Zwanzig gestellt. Dagegen eine Konferenz für den Bezirk Magdeburg-Anhalt hat einstimmig die Spaltung bedauert; auch im Dezember 1915 sei die Bewilligung der Kriegskredite nötig gewesen. Parteivorstand und Ausschuss werden ersucht, weil der „Vorwärts“ verlangt habe, ein Organ zu schaffen, das in dieser schweren Zeit die politischen Interessen der Partei in der Öffentlichkeit vertritt. „Endlich wird die Klärung der inneren Parteifragen als notwendig bezeichnet; sie könne am besten durch sofortige Einberufung des Parteitag erfolgen.“

Chemnitzer Zeitungsjubiläum.

Unser Chemnitzer Parteiblatt, die „Volksstimme“, beging am 1. Januar ihr 25jähriges Jubiläum u. a. mit einer interessanten Festnummer. Die „Volksstimme“ war keineswegs das erste Parteiblatt in Chemnitz. Schon 1848/49 war hier eine Arbeiterzeitung erschienen. 1871 wurde die „Chemnitzer Freie Presse“ gegründet, die 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Während der Zeit des Sozialistengesetzes waren die Chemnitzer lange Zeit ohne eigenes Blatt. Mitte der achtziger Jahre siedelte der Glauchauer „Botschafter“ nach Chemnitz über. 1898 wurde die „Chemnitzer Presse“, wie das Blatt seit der Uebernahme von Glauchau hieß, mit der „Volksstimme“ verbunden. Seit 1901 erschien es täglich. Mit dem Blatt feiert auch der Verleger, Genosse Emil Landgraf, sein 25jähriges Jubiläum. Er hat nicht geringe Verdienste um das Emporblühen der „Volksstimme“.

Ein wertvolles Zeugnis.

Die Sozialdemokraten haben während der ganzen Dauer des Krieges bereits auf die staatsrechtlichen Bedenken des Kriegszustandes hingewiesen, wie er bei uns durchgeführt wird. Unsere Darlegungen wurden aber mehr oder weniger entschieden als unzutreffend zurückgewiesen. Deshalb ist es beachtenswert, daß im Januarheft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ jetzt der Wirkliche Geheim-Oberregierungsrat und Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Dr. G. Struß in Berlin auf die Frage in folgender Weise eingeht. Er schreibt:

„Vor und in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch haben wohl wie alle unter der Suggestion stehenden, ein Weltkrieg könne nicht länger als einige wenige Monate dauern, weil kein Großstaat ihn länger aushalten könne. Die Folgen dieses Irrtums machen sich je länger je mehr auf den verschiedensten Gebieten geltend. Hätte man z. B. jemals ernstlich an die Möglichkeit gedacht, den Kriegszustand im Sinne des Artikels 68 der Reichsverfassung jahrelang und im ganzen Reichsgebiet aufrechtzuerhalten zu müssen — wofür übrigens die regierungsmäßig im Reichstag angeführten Gründe nicht ausreichen, da sie wohl Ausnahmemaßregeln auf einzelnen Reichsgebieten, aber nicht den uneingeschränkten Uebergang der vollständigen Gewalt auf die Militärbehörden rechtfertigen können —, dann hätte man sicherlich ihm längst zeitgemähere und klarere Rechtsgrundlagen gegeben, als das jetzt 64 Jahre alte, völlig veraltete, von vornherein unklare und nur auf einen kurzen Ausnahmestadium eines vom Feinde oder von inneren Unruhen unmittelbar bedrohten einzelnen Gebietsteiles zugeschnittene preussische Gesetz vom 4. Juni 1851. Denn es konnte keinem Einseitigen verborgen bleiben, daß es je länger je mehr zu Unzutraglichkeiten führen muß, für längere Dauer und im ganzen Gebiete eines großen Staatswesens, noch dazu eines Bundesstaates, die vollständige Gewalt ohne gesetzliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung in den Händen einer größeren Anzahl kleiner verfassungsmäßig verantwortlichen Zentralstellen untergeordnet und in den Kriegsebenen doppelt — wie die Aufgaben der Staatsverwaltung fremd gegenüberstehenden Stellen ohne Verfassungs- und wirksame Rechtskontrolle zu belassen. ...“

Dr. Struß bespricht dann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auch die Kriegsbevollmächtigung. Gegen sie haben die Sozialdemokraten ebenfalls während der ganzen Dauer des Krieges verfassungsmäßige Bedenken geltend gemacht und verlangt, daß namentlich die Offiziersbefugnisse herabgesetzt werden. Ein Antrag, der dies ausdrücklich forderte, wurde noch im Dezember im Ausschusse des Reichstages von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Hören wir nun, was ein Mann wie Dr. Struß über die Befolgungsordnung sagt:

„Merkwürdig sind die Kriegsbevollmächtigungsvorschriften nicht nur ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen, sondern auch meines Wissens amtlich nicht veröffentlicht, was man beides bedauern kann. weil dem Reichstag längst vor dem Kriege nicht hätte entgehen sollen, daß beides mit den Grundgesetzen des Bundesstaates eines Verfassungsweges nicht verträglich ist, und weil nach dem Kriege doch Rechenschaft über die Kriegsbevollmächtigung der Offiziere und Beamten gefordert und gegeben werden muß. ... Soviel ist ... hierüber zu vernehmen, daß man behaupten zu können, daß diese Befugnisse, wenn auch vielleicht nicht ausnahmslos, erheblich über das bei langer Kriegszeit für die Finanzen, d. h. die Steuerzahler, erträgliche Maß hinausgehen. Kammer höher als im Frieden müssen sie natürlich sein, aber bei weitem nicht in dem Maße, in dem sie es sind. Die Befugnisse eines Volksheeres können, wie überhaupt, nicht durch die Befugnisse der einzelnen, so insbesondere auch nicht durch überreichliche, nach dem Dienstgrade abgestufte Befugnisse seiner Offiziere und Beamten abgepolen werden. Die Gefahren und zeitweiligen Entbehrungen im Felde steigen auch nicht mit dem Dienstgrade des Offiziers, sondern richten sich nach der Verwendung des einzelnen. ... Besonders wirtschaftliche Opfer bringen im allgemeinen nicht die Berufsoffiziere, die überdies, wenn sie dienstfähig heimkehren, den wirtschaftlichen Vorteil besseren Vorwärtskommens haben. ...“

Offenlich gelingt es uns mit dieser Zustimmung in der Hand, beim Reichstag jetzt besser Abhilfe zu schaffen, als bisher!

Die Gelben und der Burgfriede.

Der Hauptausdruck der gelben nationalen Arbeiterverbände Deutschlands hat für seinen Anhang erstmalig einen Kalender herausgegeben. Auf 64 Seiten werden die verschiedensten Fragen der Gegenwart behandelt; unberührt sind natürlich solche Erscheinungen geblieben, die den Arbeitern Anlaß zu Klagen gegeben haben, z. B. die Frage der Lebensmittelpreiserhöhung. Kein Wort vom Hunger und von den Hungerkämpfen, kein Wort über das Elend, das die Lebensmittelverknappung bei einem sehr großen Teil der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen haben. Dafür aber spricht aus den verschiedenen Artikeln sogleich Haß und Bosheit gegen die Gegner der Gelben, daß wir uns wundern, wie dieser Kalender zur Verbreitung zugelassen werden konnte. Es liegt uns fern, auf die Schimpfepistel gegen die Sozialdemokratie und gegen die freien Gewerkschaften hier näher einzugehen oder sie gar zu widerlegen. Wir haben nur hervor, daß den letzteren vorgeworfen wird, daß ihnen verlorene Streiks willkommen seien; diese schafften unter den Arbeitern doppelte und dreifache Unzufriedenheit, die von den Führern für die politischen Wahlen geschickt ausgenutzt würde. An anderer Stelle wird über den Zusammenbruch der sozialdemokratischen „Internationale“ geböhnt, aber es wird vergessen zu sagen, daß der Weltkrieg auch das gewünschte und beginnende Aufkommen einer gelben Internationalen aufzuhalten gemacht hat. Das Ideal der deutschen Gelben, mit französischen Deutschen-fressern bezug. Nebendepolitikern, sowie mit russischen Pogromisten die wirtschaftlich und politisch aufstrebenden sozialdemokratischen Arbeiter niederzuhalten, kann vorläufig alle nicht verwirklicht werden.

Auch werden in dem Kalender Kriegsziele besprochen und zwar nach folgendem Schema: „Gott strafe England! — Englands Vernichtung steht im Vordergrund aller Wünsche. Ohne Englands Vernichtung gibt es keinen ehrlichen Frieden!“ In diesem Tone geht es weiter.

Die wiedergegebenen Proben mögen genügen, um zu zeigen, wie wenig die Gelben aus dem nun fast 1½ Jahre andauernden Kriege gelernt haben. Für einen ehrlichen und baldigen Frieden wirken solche Auslassungen nicht; sie zeugen aber von der politischen Unreife, die bei den Gelben zu Hause ist. Daß der Kalender mit einem solchen Inhalt in tausenden Exemplaren unbeanstandet zur Verbreitung gelangen kann verdient auch festgehalten zu werden.

Neues aus aller Welt.

„Todesfeinde.“

Anlässlich eines Austausches militäruntauglicher Gefangener fand im Winter zu Konstanz ein Gottesdienst statt über den die „Petrusblätter“ (Nr. 13) u. a. folgendes zu berichten willen: „Französische gefangene Priesterjohnden

waren in das Konstanzer Münster geführt worden, um dort das heilige Meßopfer zu feiern. Die geistlichen Herren ministrierten sich in ihrer französischen Uniform gegenseitig. Unter dem Meßgewand des Zehrenten schauten die roten Sohlen der französischen Uniform hervor. Es traf sich, daß der französische Priester am Altar nach der heiligen Messe noch die Kommunion auszugeteilt hatte, und nun ereignete es sich, daß aus der Zahl der frommen Väter auch zahlreiche deutsche Soldaten in Uniform zum Tische des Herrn traten, und der französische Priesterjohnde reichte ihnen die heilige Eucharistie. Todesfeinde auf den Schlachtfeldern feierten hier beim göttlichen Liebesmahl die innigste Friedensvereinigung, die es geben kann. Manches Auge sah man im weiten Dom sich heuchten beim Anblick dieser ergreifenden Szene.“

Eine englische Theorie über Kriegsmüdigkeit.

Die Londoner „Times“ vom 30. Dezember bringt einen beachtenswerten Aufsatz über die an englischen Soldaten beobachtete Kriegsmüdigkeit. Es heißt darin: „Nach der allerbesten Soldaten werden im Kriege nach Ablauf einer gewissen Zeit gleichgültig und kriegsmüde; sie verlieren Schwung und Begeisterung, das Gefühl für Pflicht und Verantwortlichkeit und drücken die Moral des Heeres herab. Alles das ist nichts weiter als die überanstrengten Nerven, die sich dagegen auflehnen, sich noch weiter überanstrengen zu lassen. Dauert der Zustand fort, so brechen diese Leute zusammen, wie ein abgetriebener Gaul. Es liegt ihnen an nichts und an niemand mehr etwas. Alles ist ihnen gleich. Ruheloses Geistes sehen sie sich häufig absichtlich dem feindlichen Feuer aus und lassen sich töten. Der Zeitpunkt, an dem sich diese Kriegsmüdigkeit zu zeigen beginnt, richtet sich ganz nach der Art der Kriegsführung. Im südafrikanischen Kriege waren die Leute so müde, nachdem sie zwei Jahre hintereinander im Felde gewesen waren. In diesem Kriege genügt schon ein Jahr, sie dahin zu bringen. Eine Heilung läßt sich nur durch vollkommene Ruhe erzielen. Drei Monate dürfen dafür das rechte Maß sein. Zu Beginn der Erholungszeit werden alle leidenschaftlich erklären: „Ich bringe nichts mehr zurück!“ Aber noch ehe die drei Monate völlig um sind, pflegt sich das Pflichtgefühl wieder zu melden. Sie werden unruhig und wollen wieder an ihren Platz gestellt werden. Ungezählte Tausende der Unruhen heute unter der Kriegsmüdigkeit. Es besteht Gefahr, daß sie ihr Leben in solch einer Stimmung gleichgültig von sich werfen. Man muß die Drückerberger heranziehen, auch ihren Teil der Arbeit zu leisten, damit die neuen neue Kraft sammeln können.“

Bücher und Schriften.

— Der „Vorwärts“-Arbeits-Kalender (Verlag der „Vorwärts“-Druckerei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) ist das einzige zeitgenössische Druckwerk, welches alle Lebensbedürfnisse der Arbeiterschaft gewissermaßen bezeichnet und im Verein mit seinem reichen statistischen Material eine fortlaufende Chronik der Arbeiterklasse darstellt. Diese 366 Blätter geben dem Parteigenossen, dem Gewerkschafter, dem Arbeiter und seiner Familie vor allem ein umfassendes Bild über den augenblicklichen Stand und die Erfolge seines Aufwärtstrens. In zahlreichen Tabellen und Statistiken wird das Wachstum und Werden der Arbeiterorganisationen aller Länder und Völker, ihr langsamer, aber sicherer Aufstieg zur politischen und wirtschaftlichen Macht dargestellt, wobei die freien Gewerkschaften Deutschlands ganz besonders eingehend behandelt wurden. Hier ist es wieder die Einwirkung des Krieges auf Wirtschaftsstand, Rüstungsbedarf, Unterhaltungsweisen, Hochpreise und Verknappung der einzelnen Organisationen, welche das Interesse jedes Arbeiters erregen. Nicht weniger Aufmerksamkeit wird der Konsum- und Genossenschaftsbewegung zuteil. Zwischen durch aber findet sich eine Fülle gut gewählter Zitate und Aussprüche berühmter Männer, Sprüche, Gedichte ernst und

heiterer Art. Die Führer und Lehrer des Sozialismus sind natürlich ihrer Bedeutung gemäß vertreten; daneben kommen aber auch die Dichter und Spötter zu Ehren, unter denen einer, Gloggen, so liebevoll singt:

„Ach, zwei Wünsche wünscht' ich immer,
leider immer noch vergebens,
und doch find's die innig-frommsten,
schönsten meines ganzen Lebens!
Dah ich alle, alle Menschen
kann' mit gleicher Lieb' umfassen —
und daß ein' ich von ihnen
morgen dürfte hängen lassen. —“



Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71

Umfang: 320 Seiten großes Geschenkformat mit über 240 Bildern und Dokumenten ausgestattet. — Preis gebunden 3,00 Mark

Eine wahrheitsgetreue, von einem Sozialdemokraten gegebene Schilderung des Deutsch-Französischen Krieges muß zur Zeit des gewaltigen Weltkrieges besonders Interesse erwecken. Verfasser dieses Wertes ist Hugo Schulz, gegenwärtig Kriegsbereiter im österreichisch-ungar. Hauptquartier.

Buchhandlung Volksstimme

Kaufhaus Otto Nietschmann N.

Wiesbaden, Ecke Kirchgasse u. Friedrichstrasse, Darmstadt, Ludwigstrasse 10.

Glas-, Porzellan-, Emaille-, Luxuswaren. Enorm billig! Spezialgeschäft für vollständige Küchen-Einrichtungen.

Bekanntmachung.

Kartoffelversorgung durch die Stadt Wiesbaden.

Die Stadtverwaltung hat sich mit ausreichenden Mengen Kartoffeln eingebekkt, um die Bevölkerung bis zum Frühjahr mit Kartoffeln zu versorgen.

Im Kleinverkauf wird die Stadt den ganzen Winter hindurch Kartoffeln abgeben, jedoch derjenige Teil der Einwohnerschaft, der nicht in der Lage ist, sich mit größeren Mengen einzubekken, jederzeit Gelegenheit hat, sich je nach Bedarf mit Kartoffeln zu versorgen.

Zum Einkellern gibt die Stadt Kartoffeln auf Grund der nachstehenden Bestimmungen ab.

Die Kartoffelbestands-Aufnahme hat ergeben, daß der größere Teil der Bevölkerung sich mit Kartoffeln eingebekkt hat.

Diejenigen Haushaltungen, die sich noch nicht mit Kartoffeln eingebekkt haben, aber dazu in der Lage sind, können von der Stadt Kartoffeln zum Einkellern erhalten.

Der Preis ist auf 4.05 Mark für den Zentner ab Lager festgesetzt.

Bestellungen auf Bezug von Kartoffeln zum Einkellern werden gegen sofortige Bezahlung und Vorlegung der Brotausweislarke nur noch bis zum 20. Januar, vormittags zwischen 9—12½ Uhr und nachmittags zwischen 3—5½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 45, entgegen genommen. Spätere Bestellungen können erst im März berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 5. Januar 1916.

Der Magistrat.

Schuhwarenhaus.

Großes Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden hierdurch zu der am Dienstag den 18. Januar, abends halb 9 Uhr, im unteren Saale der „Wartburg“, Schwalbacher Straße 51, stattfindenden

1. ordentlichen Ausschubstung

- eingeladen. Tages-Ordnung:
1. Neuwahl eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.
 2. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1915.
 3. Festsetzung des Voranschlags für das Geschäftsjahr 1916.
 4. Sonstiges.

Die den Vertretern demnächst zugehenden Einladungskarten sind als Ausweis am Saaleingange abzugeben.

Wiesbaden, den 4. Januar 1916.

Der Vorsitzende des Kassenvorstandes

gez.: August Jockel (amtl. beaufst.).

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5 neben Hotel Vater Rhein.

Genossen! Agitiert für Euer Blatt!